

Kärntens SPÖ bedient nur sich selbst kaiserlich

Die Kärntner ächzen unter dem höchsten Strompreis Österreichs, obwohl ihnen der SPÖ-Landeshauptmann den billigsten versprochen hat. „Kärnten hat eine sozialistisch geführte Landesregierung, aber deren Politik ist alles andere als sozial“, kritisiert FPÖ-Klubchef Gernot Darmann.

S. 13



Foto: FPÖ Kärnten

Asylindustrie zittert um ihre Einnahmen

Mit eigener Bundesagentur holt sich der Staat seine Aufgaben im Asylbereich zurück S. 2/3



Koalition startet mit Volldampf ins neue Jahr!

Pflege- und Steuerentlastungsreform auf dem Plan bei Regierungsklausur – S. 4/5

PARLAMENT

Effizienzsteigerung

Mit der Zusammenlegung aller mit dem Asyl- und Fremdenwesen beschäftigten Abteilungen in einer Sektion zeigt FPÖ-Innenminister Herbert Kickl vor, wie Sparen mit Effizienzsteigerung im System geht. Auch ein Ziel: Die Verkürzung der Asylverfahrensdauer. S. 6

AUSSENPOLITIK

EU gegen Autoindustrie

Brüssels Eurokraten haben sich eine Sternstunde gegönnt: Bis 2030 müssen die CO2-Abgaswerte für Benzin- und Dieselaautos um weitere 37 Prozent gesenkt werden. Mit dieser technisch unmöglichen Vorgabe löscht Brüssel Europas Autoindustrie aus. S. 8/9

WIEN

Rote Selbstbedienung

Wie schamlos die SPÖ Wien sich an den Geldern der Steuerzahler bedient, zeigte der jüngste Skandal eines Schüler- und Jugendbetreuungsvereins auf. Mit in den Fall involviert: die Ehefrau des langjährigen SPÖ-Landesparteisekretärs Kopietz. S. 11

MEDIEN

Lügen für Merkel

Ein Fälschungsskandal erschüttert den „Spiegel“. Ein Starreporter hat mit teilweise erfundenen Geschichten die linke Gutmenschenmoral und Merkels „Willkommenspolitik“ bedient. Der Vorwurf der „Lügenpresse für Merkel“ erhält dadurch neue Nahrung. S. 14



AUS DER
REDAKTION

Andreas Ruttinger
andreas.ruttinger@fpoe.at

Seit dem Einzug der AfD in den deutschen Bundestag gibt es Anschläge auf Wohnungen, Büros oder Autos von AfD-Politikern.

Letzte Woche dann ein Sprengstoffanschlag auf ein Parteibüro, die Täter auf freiem Fuß angezeigt. Am Montag wurde ein AfD-Bundestagsabgeordneter brutal niedergeschlagen und überlebte nur, weil ihm ein Bauarbeiter zu Hilfe eilte.

Brandstifter

Als vor Monaten ein Betrunkenener einem SPD-Politiker einen Kratzer am Hals zufügte, gab es eine bundesweite Entrüstungswelle gegen „politische Gewalt“. Nur die AfD wurde von allen anderen „demokratischen“ Kräften weiterhin als Nazi-Partei gebrandmarkt.

Ralf Stegner, stellvertretender SPD-Chef, rief ungeniert dazu auf, „Rechtspopulisten und ihr Personal“ anzugreifen. Auch Merkels Leitkulturmedium „Der Spiegel“ blieb nicht stumm. „Man sagt ‚Antifa bleibt Handarbeit‘, und das heißt, dass wir in den kommenden vier Jahren die Hände voll zu tun haben werden“, ließ er seine Online-Kolumnistin Margarete Stokowski schreiben. Das ging beim „Spiegel“ durch, wie bis vor kurzem auch die Migrationsmärchen des Claas Relotius.

In Österreich mühen sich Wiens Sozialisten ab, die deutschen Genossen zu kopieren: Narrenfreiheit für linke Anarchos und Fußball-Hooligans bei violett und grün-weiß, das Anfüttern des „schwarzen Blocks“ für die Anti-Regierungsdemonstrationen sowie die täglichen Nazi-Denunzierungen gegen die FPÖ.

Wehret den Anfängen, gilt nur gegen Rechts. Nicht für linke Schläger und deren Anstifter.

Kickl: Staat soll Asylaufgabe

Asylindustrie läuft Sturm gegen die Pläne des Innenministers, die staatliche

Mit der „Bundesagentur für Betreuungs- und Unterstützungsleistungen“ (BBU) soll die Asylwerberbetreuung standardisiert und unter staatliche Aufsicht gestellt werden. Dagegen wehren sich NGO's und Hilfsorganisationen, die bisher am millionen-schweren Asylwerberbetreuungskuchen mitgenascht haben.

Innenminister Herbert Kickl hält an seinem Ziel fest, die Betreuung von Asylwerbern wieder in staatliche Hand zu bekommen. Mitte 2020 sollte die neue Betreuungsagentur des Bundes diese Aufgabe übernehmen. Neben der Unterbringung der Asylwerber soll die Agentur auch die Rechts- und Rückkehrberatung übernehmen, mit dem klaren Ziel, die Asylverfahren zu verkürzen. Als Vorleistung dafür werden in der neuen Sektion „Fremdenwesen“ alle diesbezüglichen Agenden zusammengezogen – siehe dazu Seite 7.

Asylindustrie fürchtet ums Geld

Diese Neuorganisation der Asylwerberbetreuung hat zusammen mit der neuen Asylpolitik der Koalition in der Asylindustrie natürlich Kritik ausgelöst. Caritas-Präsident Michael Landau machte „Empathie-Defizite“ in der Koalition aus und bediente sich sprachlich der aktuellen Klimarettungsesoterik, um dem Innenminister in die Parade zu fahren: „Mit Sorge beobachten wir einen Klimawandel in unserem Land. Der Ton wird rauher, das Klima kälter.“

Irritierend die Logik des Caritas-Chefs zu Kickls Plänen, zukünftig Personen kein Asyl mehr zu gewähren, die Schlepper bezahlen,

um illegal nach Österreich zu kommen. Ohne faire Verfahren zwingt die Regierung Menschen in die Hände der Schlepper und wolle sie zugleich dafür bestrafen, meinte Landau.

Dabei übersah der Caritas-Chef, dass sich die wirklich bedürftigen Flüchtlinge gar keine Schlepper leisten können. Unter einem „fairen Verfahren“ dozierte er dann, müsse jeder, der in Europa Schutz suche, diesen auch finden können. Also ernsthaft, Herr Landau: Öffnung der Grenzen wie 2015?

FPÖ-Generalsekretär Christian Hafenecker sah in der Äußerung Landaus auch die Sorge der Hilfsorganisation um ihren „finanziellen Kuchen an der Asylindustrie“. Immerhin bekommt die Caritas 190 Millionen Euro an Steuergeldern für die Bereiche „Asyl, Migration und Integration“. Und das sind rund 20 Prozent ihres Gesamtbudgets, das zu fast zwei Drittel mit Steuerzahlergeld alimentiert wird.

Schwer trifft der Plan des Innenministers auch die Rechtsberatungs-NGO's, die ihre Schäfchen nach einem negativen Asylbescheid durch alle Instanzen zerren. Am Ende dieses Jahre dauernden Prozesses steht in fast allen Fällen wieder die Bestätigung des Erstbescheids.



Foto: BM/Bert Pachauer

Herbert Kickls Pläne zur Reform des Asylindustrie sauer auf – obwohl dies

„Im Regierungsprogramm ist eine Reform der Rechtsberatung festgeschrieben und diese wird gemeinsam erarbeitet“, erklärten die Regierungskoordinatoren Gernot Blümel (ÖVP) und Norbert Hofer. Die Reform werde bis März „vorbereitet und beschlossen“ werden.

Alt-Rot-Scharzer Klüngel

Nicht anfreunden kann sich mit dem Asylkurs der Koalition, für den sie in erster Linie von den Bürgern mit einer Mehrheit ausgestattet wurde, der ehemalige Asylkoordinator Christian Konrad.



SPITZE FEDER Die Skandal-Zudecker-Profis der SPÖ-Wien.

IMPRESSUM

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) –
Die Freiheitlichen, Bundesparteileitung,
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien;
Freiheitlicher Parlamentsklub,
Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien

Geschäftsführung: Ing. Mag. Joachim Stampfer
Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung:
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel.: 01 512 35 35 0, Fax: 01 512 35 35 9

E-Mail Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at
E-Mail Verwaltung: jana.feilmayr@fpoe.at
Abo-Anfrage: 01 512 35 35 29

Druck: Mediaprint Zeitungsdruckereigesellschaft m. b. H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien

Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis: € 0,80;
Bezugsgebühr halbes Jahr: € 15 (inkl. 10 % MwSt.);
Auslandsjahresbezug: € 73

BIC: OPSKATWW
IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Es gilt NFZ-Anzeigenpreisliste Nr. 16.
Verlags- und Herstellungsort: Wien

Grundlegende Richtung: Informationsblatt der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen und des Freiheitlichen Parlamentsklubs.

en wahr nehmen

hen Aufgaben im Asylbereich zurückzuholen



Asylwesens stossen den Anhängern der „Willkommenskultur“ und der ideologisch sonst doch alles dem Staat übertragen wollen.

Der hat es sich – in Kooperation mit anderen profilierungssüchtigen Alt-Schwarzen – zur Aufgabe gemacht, die Merkelsche „Willkommenskultur“ auch in Österreich durchzusetzen. „Die FPÖ verhält sich wie Rotzbuben“, bemerkte der Verteidiger des rot-schwarzen Proporzestablishments zu den FPÖ-Reaktionen auf Landau.

Auch auf anderer Seite, der „Asylwerber-Lehre“, fährt Konrad gegen die Koalition an. Zu Klarstellung: Hier werden unter Vermengung der Begriffe Asyl und Zuwanderung die Wünsche man-

cher Unternehmer nach Billig Arbeitskräften befriedigt. Noch dazu handelt es sich bei Asylwerbern um illegal aufhältige Personen, deren Aufenthaltsstatus erst abgeklärt werden muss. Was daran praktizierte „Nächstenliebe“ sein soll, möge der bekennende Katholik Konrad einmal erklären.

Ein derartiges Engagement für die Lehre hat man beim Initiator der „Asylwerber-Lehre“, Oberösterreichs Grün-Landesrat Rudi Anschöber, als auch bei Konrad, für heimische Lehrstellensuchende bisher allerdings vermisst.

AUFSTEIGER



Sozialministerin **Beate Hartinger-Klein**, die mit der Neuregelung der Mindestsicherung den österreich-weiten Fleckerlteppich beendet und eine Bevorzugung von Österreichern bei dieser Reform durchsetzen will.

ABSTEIGER



Wiens SPÖ-Sozialstadtrat **Peter Hacker**, der die Erhebung der Herkunft der Eltern von Mindestsicherungsbeziehern als Regelung aus dem „Dritten Reich“ nannte – obwohl in Deutschland diese Regelung von der SPD eingeführt wurde.

KURZ UND BÜNDIG



Vertrauen in Regierung

Während die Opposition Trübsal bläst und die links-orientierte Medienlandschaft das Ende der Koalition herbeisehnt, sind die Bürger mit dieser Regierung nach einem Jahr überaus zufrieden. Vertrauten ihren Vorgängern Faymann-Spindelegger oder Kern-Mitterlehner gerade einmal 17 bzw. 25 Prozent, so tun dies bei Sebastian Kurz und HC Strache sensationelle 45 Prozent. Von dem Vertrauenszuwachs der Bürger in die Koalition profitieren auch die öffentliche Verwaltung (66 Prozent) und die Exekutive mit 55 Prozent.

„Papamonat“ ausbauen

Aufgeschlossen für einen Rechtsanspruch auf „Papamonat“ auch in der Privatwirtschaft zeigt sich der frischgebackene Vater, Vizekanzler HC Strache: „Wir werden die Situation evaluieren und Gespräche mit dem Koalitionspartner führen, um hier eine sowohl für Väter, als auch für Arbeitgeber tragfähige Lösung zu finden. Es würde viel dafür sprechen. Ich wäre auch dafür, den ‚Papamonat‘ finanziell attraktiver zu machen, also mit geringerem Gehaltsverlust, denn das ist für uns eine wichtige familienpolitische Maßnahme.“



Verzweiflung in Rot

Mit Klassenkampf und an den Haaren herbeigezogenen Gruselgeschichten, die durch ständiges Wiederholen auch nicht wahr würden, versuche die SPÖ von ihren internen Problemen und ihrer Verantwortung für die Missstände in der Sozialpolitik abzulenken, reagierte FPÖ-Sozialsprecherin Dagmar Belakowitsch auf Aussagen des Bau-Holz-Gewerkschafters Josef Muchitsch. Auch wenn es für die SPÖ unverständlich sei, diese Bundesregierung bewege erstmals seit vielen Jahren in Österreich endlich etwas zu Gunsten seiner eigenen Bürger: „Aber an diesen ist die SPÖ noch immer nicht interessiert.“



BILD DER WOCHE Karl Seitz („Fall Bekessy“) als zweifelhaftes medienpolitisches Vorbild für Wiens SPÖ-Bürgermeister Michael Ludwig?

„Wir nehmen unsere Verantwortung wahr!“

Vizekanzler HC Strache erläutert im NFZ-Interview die Reformpläne der Koalition für dieses Jahr. Ein Schwerpunkt der Freiheitlichen ist dabei der „Masterplan Pflege“: „Wir nehmen unsere Verantwortung wahr und lassen hier niemandem im Stich!“

Der Familienbonus war der erste Entlastungsschritt. Heuer soll die Steuerreform beschlossen und 2020 in Kraft treten. Kann die FPÖ da die große Steuerentlastung durchbringen, wo die Wirtschaftsforscher wegen der nachlassenden Konjunktur unruhig werden?

HC Strache: Wir entlasten jetzt einmal mit Jahresbeginn über die größte Familiensteuerentlastung der 2. Republik, dem Familien-Bonus, die arbeitenden Österreicher insgesamt um rund 1,6 Milliarden Euro.

Dazu kommen ein paar hundert Millionen aus der Entlastung der Kleinverdiener bei den Beiträgen zur

„Wir müssen den Pflegeberuf attraktiv machen, auch finanziell.“

Arbeitslosenversicherung. Für die Steuerentlastungsreform 2020 haben wir ein Volumen von 3,5 Milliarden Euro – und vielleicht sogar mehr – im Visier. Das ergibt in Summe eine Entlastung von über fünf Milliarden Euro für die Österreicher.

Wem soll die Steuerreform zugutekommen?

HC Strache: Wir wollen die kleinen und mittleren Einkommen weiter entlasten und zwar nachhaltig. Daher wird diese Reform nicht nur eine Tarif- sondern eine nachhaltige Senkung werden. Das wollen wir – wie versprochen – mit der Abschaffung der „kalten Progression“ noch in dieser Legislaturperiode sicherstellen. Aber auch die Pensionisten, wo wir mit einer Mindestpension von 1.200 Euro ansetzen wollen. Diese Menschen haben nach Jahren harter Arbeit ein Altern in Respekt und Würde verdient.

Auf welche Reformen müssen sich die Österreicher in diesem Jahr noch gefasst machen?

HC Strache: Besonders hervorheben möchte ich dabei den „Masterplan Pflege“. Denn im Gegensatz zu unseren Vorgängern schieben wir diese Verantwortung

nicht vor uns her. Wir nehmen diese Verantwortung in diesem Bereich gegenüber den derzeit 450.000 Pflegegeldbeziehern und den vielen pflegenden Familienangehörigen wahr. Diese werden wir nicht im Stich lassen. Das heißt im Klartext, dass die Pflegegelder entsprechend angepasst werden.

Das große Problem im Pflegebereich ist, dass es zu wenig Personal gibt.

HC Strache: Dieses Problem packen wir an der Wurzel: Wir wol-

len das Image der Pflegeberufe verbessern, damit es den Stellenwert erhält, der den in diesem Bereich

Tätigen auch zusteht. Das beginnt schon damit, dass im Ausbildungsbereich einiges getan werden muss. Und ganz wichtig: Wir werden eine bessere Bezahlung sicherstellen. Das ist unser sozialer Schwerpunkt in diesem Jahr.

Welche Problemfelder will die Koalition noch angehen?

HC Strache: Auf wirtschaftlicher Seite steht die Digitalisierung mit dem Ausbau des 5G-Netzes an vorderster Stelle, um unsere Betriebe zukunftsfit und wettbewerbsfähig zu halten. Und im Bereich der Sicherheitspolitik kommt, wie im Regierungsprogramm verankert, ein Gesetz zur Eindämmung des radikalen Islam, um radikalen Vereine aufzulösen und sogenannte „Hassprediger“ abschieben zu können.



Die „heißen Eisen“ des Jahres 2019 für die Koalition: Pflege, Steuerentlastung

Steuerreform, Pflege

FPÖ und ÖVP legen bei der dieswöchigen Regierung

Der türkis-blaue „Reformzug für Österreich“ bleibt auch 2019 unter Dampf. Die Schwerpunkte wird die Bundesregierung auf ihrer zweitägigen Klausur in Mauerbach festlegen. Im Mittelpunkt stehen dabei drei Bereiche: Die Reform der Pflege und des Steuersystems mit einer nachhaltigen Entlastung der Steuerzahler sowie ein Digitalisierungs-Paket für den Wirtschaftsstandort Österreich.

„Wir reden nicht um den heißen Brei herum, wie die Vorgängerregierungen. Wir schmieden die heißen Eisen“, erläuterte FPÖ-Klubobmann Walter Rosenkranz einmal mehr das Verständnis der Freiheitlichen vom „Arbeiten in der Regierung für Österreich“.

„Heiße Eisen“ schmieden

Treffend ist der Begriff vom „heissen Eisen“ auf jeden Fall für den Pflegebereich. Aufgrund der demografischen Entwicklung wird sich die Zahl der hochaltrigen Menschen mit 80 und mehr Jahren erhöhen: von derzeit 366.000 auf eine geschätzte Million im Jahr 2050. Im Jahr 2017 wurden insgesamt 149.442 Personen durch mobile Dienste zu Hause (Hauskrankenpflege, Heimhilfe) und 82.485 ältere Menschen in stationären Einrichtungen (Pflegeheime, Pflegewohnhäuser) mit finanzieller Unterstützung der Sozialhilfe oder Mindestsicherung betreut bzw. gepflegt.

Hier will man dem Wunsch der zu Pflegenden nachkommen, zu Hause betreut zu werden, was auch aus Sicht der Staatsfinanzen sinnvoll ist. Denn die Pflege zuhause – durch mobile Dienste allein oder gemeinsam mit Angehörigen – ist volkswirtschaftlich die mit Abstand günstigste Variante. Ein Pflegeheimplatz kostet im Durchschnitt 34.600 Euro pro Kopf und Jahr, während mobile Dienste mit durchschnittlich 4.200 Euro pro Kopf und Jahr zu Buche schlagen.

Mit dem „Masterplan Pflege“ will die Koalition ihre Verantwortung in diesem Bereich wahrnehmen. Dazu braucht es auch Anschläge beim Pflegeberuf, wie Vizekanzler HC Strache betont: „Wir müssen das Image der Pflegeberufe heben, damit sie für junge Menschen attraktiv werden. Da muss im Ausbildungsbereich einiges getan werden, eine bessere Bezahlung sichergestellt werden und die Pflegegelder entsprechend angepasst werden.“



...ung und Digitalisierung der Wirtschaft sollen in Reformen gegossen werden.

Steuerreform und Digitalisierung

...ungsklausur die Reformschwerpunkte für das Jahr 2019 fest

Weiter ist die Koalition dagegen bei der Steuerentlastungsreform, die maßgeblich vom freiheitlichen Finanzstaatssekretär Hubert Fuchs erarbeitet wird. Um die Abgabenquote auf die angestrebte 40-Prozentmarke zu senken, sollen die untersten drei Lohnsteuerstufen gesenkt werden. Davon profitierten alle Steuerzahler. Eine Entlastung für die Klein- und Mittelbetriebe ist über eine Senkung der Körperschaftssteuer vorgesehen.

Dabei gilt es aber auch zu berücksichtigen, dass die Koalition in einigen Bereichen die Ausgaben kräftig erhöhen will, etwa bei dem jahrzehntelang kaputt gesparten Bundesheer. „Ein Volumen um die 3,5 Milliarden Euro ist seriös und ein guter Rahmen. Das muss sich ausgehen, auch wenn man große Investitionsbrocken, wie etwa beim Heer zum Stemmen hat“, ist Klubobmann Walter Rosenkranz überzeugt.

Leistung muss sich lohnen

Der Forderung von Teilen der SPÖ und der Grünen nach einer Vermögenssteuer erteilt die FPÖ eine klare Absage. „Es geht ja dabei um Vermögen, das durch bereits versteuertes Einkommen aufgebaut wurde. Wir wollen Leistung nicht bestrafen, wie die Sozialisten, sondern wir sagen: Leistung muss sich lohnen“, stellt Rosenkranz klar. Zudem hätte die SPÖ-Forderung die prompte Folge, dass dieses „Vermögen“ dann einfach aus Österreich abgezogen wird. Das hätte nicht nur zu Folge, dass es nichts zu besteuern gäbe, sondern das abgezogene Geld fehlt dann auch der heimischen Wirtschaft.

Das Manko Österreichs bei der Digitalisierung soll durch einen 6-Punkte-Plan behoben werden. Aufholbedarf sieht FPÖ-Infrastrukturminister Norbert Hofer bei der Verwaltung, der Sicherheit, der Infrastruktur und in der Bildung. Er verwies darauf, dass Dank leistungsfähiger Datennetze der Standort für Wirtschaftsunternehmen in Zukunft zweitrangig sei: „Mit der Umsetzung der 5G-Strategie wird mein Ministerium dafür sorgen, dass Österreich im Bereich der Digitalisierung vorne mitspielt.“



Christian Hafenecker
FPÖ-Generalsekretär

Mit Bestürzung haben wir Freiheitlichen den feigen Mordanschlag auf den deutschen AfD-Abgeordneten Frank Magnitz in Bremen zur Kenntnis genommen. Der Politiker ist nur knapp mit dem Leben davongekommen ist.

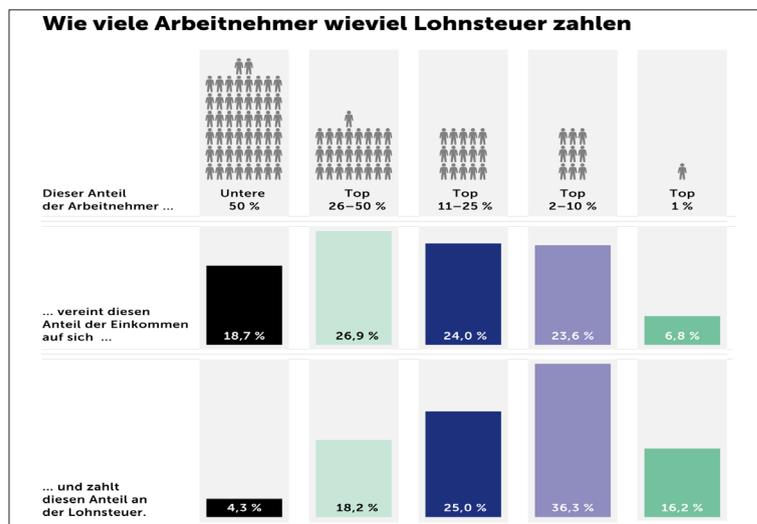
Gewalt ist keine Lösung

Farbbeutelanschläge und Sachbeschädigungen auf Wohnhäuser und Autos von Abgeordneten und schlagender Studentenverbindungen zählen in Deutschland, aber auch in Österreich, bereits seit längerer Zeit zum politischen Alltag. Die letzten Tage lassen leider an die dunkle Zeit der Anschläge der „Roten Armee-Fraktion“ erinnern. So sind ein Sprengstoffanschlag und nun ein Mordversuch eine neue „Qualität“.

Der Ton des politischen Diskurses hat sich verändert. Auch bei uns wird Aggression offen aus- und leider vom linken Mainstream auch mitgetragen. Man erinnere an Gewaltausbrüche bei Akademikerbällen, Farbbeutelwürfe und Steinwurfattacken auf Studentenheime, Pflastersteine und Grabkerzen vor Wohnungen von Abgeordneten und an bengalische Feuer am Dach des Verkehrsministeriums.

Die FPÖ will einen offenen Diskurs führen, der natürlich auch forsch sein kann, aber nie zu Gewalt und Hass führen darf. Gerade die Anonymität im Internet verleitet so manchen Extremisten und Wirkkopf zu verbalen Gewaltattacken, die schlussendlich als echte Gewalt auf der Straße im Kampf gegen Andersdenkende endet.

Wir leben leider in einer Gesellschaft, in der aufgrund verschiedener Meinungen Freundschaften gebrochen werden, aber im gleichen Zuge wird Toleranz für Fremde und Gewaltverbrecher gefordert.



Österreichs „Reiche“ stellen – je nach Definition von Reichtum – 16 bis 76 Prozent des gesamten Lohnsteueraufkommens.



HOHES
HAUS

Norbert Nemeth
Clubdirektor der FPÖ

Im November des vergangenen Jahres hatte die Regierung zu einem Gipfel „Verantwortung im Internet“ geladen. Zur Gewährleistung der Meinungsfreiheit im Internet braucht es klare Spielregeln. Wer diese verletzt, soll sich nicht hinter der Anonymität verstecken können.

Freiheit im Netz

Bei dem Gipfel und dem folgenden Ministerratsvortrag verzichtete man bewusst auf den linken Kampfbegriff des „Hasses“, zumal dieser völlig unbestimmt und für eine gesetzliche Grundlage ungeeignet ist. Bewusst verzichtet wurde auch auf den Begriff der „Klarnamenpflicht“. Für die FPÖ ist es unvorstellbar, dass jedes Posting mit dem wahren Namen des Autors versehen werden muss. Personen, deren Einstellung nicht dem Mainstream entsprechen, werden daher weiter ihre Meinung unter Pseudonymen veröffentlichen können, ohne Repressalien befürchten zu müssen.

Entscheidend wird es sein, ein System zu finden, in dem die Wenigen ausgeforscht werden können, die durch ihre Postings Recht verletzen.

Die Gewährleistung der Meinungsäußerungsfreiheit bedeutet auch, die bestehende Rechtslage zu überarbeiten, konkret den sogenannten Verhetzungsparagrafen. Es ist nicht einzusehen, dass dieser Gruppen schützt, die üblicherweise im Fokus linker Politik stehen, gegen andere aber straffrei gehetzt werden darf. Es ist auch überschießend, dass nachvollziehbare Unmutsäußerungen vor dem Strafrichter landen. Dort gehören nur echte Gewaltaufrufe hin, alles andere gehört im Verwaltungsstrafrecht verortet.

VERKEHRSPOLITIK

Sicherheit abseits der Straße

Der jährliche Bericht der Sicherheitsuntersuchungsstelle des Bundes (SUB) präsentierte 2017 wieder alle Zahlen und Daten über sicherheitsrelevante Ereignisse im Eisenbahn-, Schifffahrts- und Seilbahnbereich sowie der Zivilluftfahrt. Während im Schienenverkehr, der Schifffahrt und bei den Seilbahnen die Zahl der als Unfälle bewerteten Ereignisse zurückging, stieg sie im Bereich der Luftfahrt von 107 im Jahr 2016 auf 115 im Berichtsjahr 2017.



BUNDESRAT

Vorsitzwechsel

Ab 1. Jänner übernahm Kärnten mit SPÖ-Bundesrat Ingo Appé den Vorsitz im Bundesrat. Zu Vizepräsidenten wurden in der letzten Sitzung 2018 Hubert Koller (SPÖ/Steiermark) und Magnus Brunner (ÖVP/Vorarlberg) einstimmig gewählt. Die Amtsübergabe fand am 9. Jänner 2019 in Klagenfurt statt.

Österreichs EU-Vorsitz in der Parlamentsdebatte

Opposition kritisiert einseitige Ausrichtung auf Sicherheitspolitik

In der Nationalratsdebatte zum EU-Vorsitz Österreichs offenbarten sich die unterschiedlichen Sichtweisen der Parteien zur Union. Die Opposition orientierte sich an den Idealen der EU, die Koalition an den Sorgen der Bürger.

Neos-Klubobfrau Beate Meinl-Reisinger eröffnete den Diskussionsreigen mit dem Vorwurf des Zündelns der Regierung an der Union: ÖVP und FPÖ hätten keine „rote Linie“ zwischen Nationalismus und Populismus und pro-europäischer Sachpolitik gezogen.

Rot und Jetzt/Grün stießen sich an der Sicherheitspolitik, insbesondere der „Neuerrichtung der Grenzen“ innerhalb der EU durch die Polizeikontrollen zur Terrorabwehr.



Opposition auf Seite der EU, Koalition auf Seite der Bürger.

Bürger wollen Sicherheit

Vizekanzler HC Strache verteidigte diese Politik, schließlich sei die Koalition dafür vom Wähler mit einer satten Mehrheit ausge-

stattet worden. Einmal mehr lobte er Innenminister Herbert Kickl, der mit seiner Sicherheits- und Migrationspolitik eine Neuausrichtung in Brüssel erzielt habe.

Bundesrat: Nachspiel zu Wiener Derby

In einer Dringlichen Anfrage an FPÖ-Innenminister Herbert Kickl in der letzten Sitzung des Bundesrats 2018 hielt diesem die SPÖ-Frak-



tionen ein „unverhältnismäßiges Einschreiten“ der Polizei vor dem Wiener Fußball-Derby zwischen der Austria und Rapid vor.

Bei dem Einsatz hatte es sich um eine Fanbegleitung gehandelt. Die Polizei war mit Rapid-Anhängern in Richtung des Austria-Wien-Stadions gezogen. Laut Polizei sollen Personen aus dem etwa 1.400 Menschen umfassenden Tross Gegenstände auf fahrende Autos auf der Südosttangente geworfen haben.

Kickl verteidigte den Einsatz als „notwendig“, um die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrecht zu erhalten, Angriffe abzuwehren und

Straftaten aufzuklären. Unter den „eingekesselten angeblichen Fußballfans“ seien Randalierer ausgeforscht worden. Der Innenminister appellierte an die Vereinsführung von Rapid, die bei vorausgegangenen ähnlichen Vorfällen nichts gegen die Randalierer unternommen habe, solchen Vorgängen endlich einen Riegel vorzuschieben, statt sie zu verharmlosen und auch noch die Menschen anzustiften, mit Klagen gegen die Polizei vorzugehen. Bei der Polizeiaktion wurde die Identität von insgesamt 1.375 Personen festgestellt, es hat aber keine Festnahme gegeben.

Die richtige Antwort auf das Chaos von 2015

FPÖ-Innenminister Herbert Kickl präsentiert die Sektion Fremdenwesen und seine Ziele 2019

Sparen und mehr Effizienz im System. Wie das geht, demonstriert FPÖ-Innenminister Herbert Kickl mit der Schaffung einer Sektion, in der legale Migration, illegale Migration sowie Asyl und Rückkehr jetzt endlich zusammengefasst werden.

„An die 90.000 Asylanträge im Jahr 2015, Hunderttausende illegale Grenzübertritte, überfüllte Quartiere und staatliche Strukturen an und über der Belastungsgrenze sollen der Vergangenheit angehören. Mit der neuen Sektion werden wir Doppelgleisigkeiten abbauen und Schnittstellen reduzieren“, betonte der Innenminister bei der Vorstellung von Peter Webinger als Chef der neuen Sektion im BMI.

„Mit der neuen Sektion V richten wir uns neu aus und reagieren auf geänderte Realitäten im Migrationsbereich. Wir nutzen den momentanen Rückgang der Asylantragszahlen, um Fakten zu setzen und unsere Struktur krisenfest und resilient zu machen und damit Stabilität herzustellen“, erläuterte We-

binge die Strukturänderung.

Asyl ist nicht mehr Türöffner

Für 2019 stehen drei Schwerpunkte im Mittelpunkt seines Ressorts, erklärte Kickl. Erstens die Einrichtung einer Bundesagentur für Betreuungs- und Unterstützungsleistungen, mit der die Asylwerberbetreuung wieder vom Staat übernommen wird, auch um eine Beschleunigung der Verfahren zu erreichen.

Der zweite Schwerpunkt betrifft die Neukodifikation des Asyl- und Fremdenrechts, um alle im Asylverfahren anwendbaren nationalen Bestimmungen zu einem Gesetz zusammenzufassen.

Der dritte Schwerpunkt betrifft die Migrationsstrategie. „Zukünf-



FPÖ-Innenminister Herbert Kickl will Asylgesetze straffen.

tig wollen wir den Schwächsten helfen und es sollen diejenigen Schutz bekommen, die ihn tatsächlich brauchen“, erklärte der Innenminister. Damit soll auch das Sterben im Mittelmeer und entlang der Migrationsrouten verhindert und

das Geschäftsmodell der Menschenhändler und Schlepper zerschlagen werden. „Das Wort Asyl darf nicht mehr der Türöffner für irreguläre Migration nach Europa und vor allem nach Österreich sein“, betonte der FPÖ-Minister.



Politische Bildung aktuell

Partei Regierung Parlament

Der neuen Bundesregierung gehören sechs Minister und ein Staatssekretär der Freiheitlichen Partei Österreichs an, die in den nächsten Wochen hier präsentiert werden.

Staatssekretariat im Bundesministerium für Finanzen

Eine Zwischenbilanz:

Größte Familiensteuerentlastung:

Der „Familienbonus Plus“ bringt 950.000 Familien zwischen 250 Euro und 1.500 Euro pro Kind und Jahr. Über 1,6 Millionen Kinder profitieren davon.

Jahressteuergesetz 2018:

Es kommen strengere Regeln gegen Steuervermeidung, eine Ausweitung der verbindlichen Rechtsauskunft des Finanzamtes für Unternehmer und die Streichung von Gebühren.

Steuerreform ab 2020:

Es soll mehr Netto vom Brutto bei den Einkommen für kleinere und mittlere Verdienere geben (Arbeitnehmer, Pensionisten und Unternehmer). Geplant sind auch eine radikale Vereinfachung des Einkommensteuerrechts und der Lohnverrechnung sowie eine Senkung der Lohnnebenkosten.

Entlastung niedriger Einkommen:

Mit der Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge wurden niedrige Einkommen bis zu 1.948 Euro entlastet. Seit 1. Juli 2018 zahlen diese keine beziehungsweise deutlich geringere Arbeitslosenversicherungsbeiträge. Davon profitieren 450.000 Personen, wobei die durchschnittliche jährliche Entlastung 311 Euro beträgt.

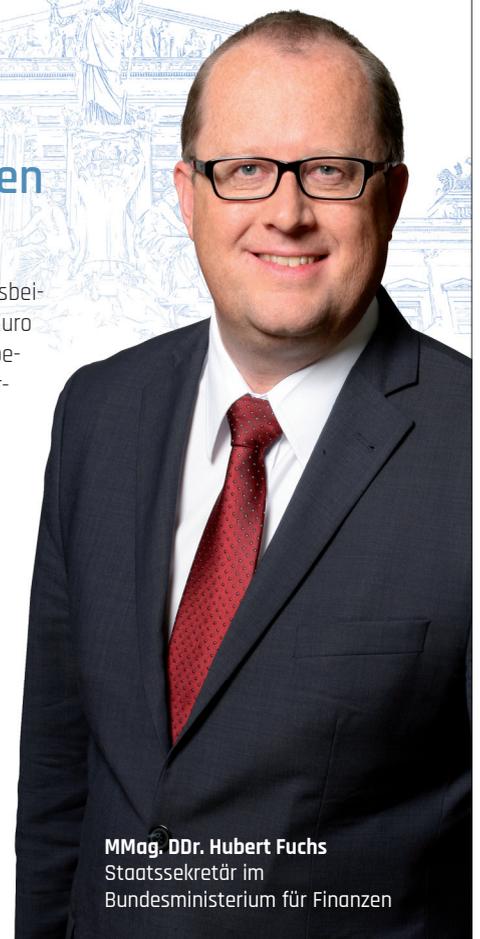
Senkung der Mehrwertsteuer

im Tourismus:

Übernachtungen werden zukünftig mit 10 anstatt 13 Prozent besteuert. Tourismusbetriebe werden dadurch nachhaltig gestärkt und international wettbewerbsfähiger.

Seit seiner Angelobung am 18. Dezember 2017 unterstützt MMag. DDr. Hubert Fuchs als Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen den aktuellen ÖVP-Finanzminister Hartwig Löger in der Geschäftsführung und vertritt ihn auf parlamentarischer Ebene. Der gebürtige Salzburger ist von Beruf Steuerberater und war zuvor Nationalratsabgeordneter der FPÖ.

FBI: Im Auftrag der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit.



MMag. DDr. Hubert Fuchs
Staatssekretär im
Bundesministerium für Finanzen



Harald Vilimsky

Menasse: Lügen für den EU-Zentralstaat

Robert Menasse, politischer Aktivist für die Abschaffung der Nationalstaaten und die Einführung der „Europäischen Republik“, im Nebenberuf Schriftsteller, ist der Lüge überführt worden. Er hat Zitate von Walter Hallstein schlicht und einfach erfunden. Hallstein wurde 1958 erster Präsident der damaligen EWG-Kommission, Vorläufer der heutigen EU-Behörde. Zitate wie „Die Abschaffung der Nation ist die europäische Idee!“, von Menasse mehrfach behauptet, hat Hallstein nie getätigt. Auch

hat Hallstein seine Antrittsrede nicht in Auschwitz gehalten, wie Menasse behauptet. „Es ist, nach allen Maßstäben historischen Wissens und historischer Logik, schlicht unmöglich“, schreibt die FAZ. Nein, Menasse hat Auschwitz für seine Zwecke instrumentalisiert, wenn er schreibt: „Dass die Europäische Kommission die Antwort auf Auschwitz ist, wird in Deutschland oft vergessen.“ So dreist hat selten jemand die EU moralisch legitimieren wollen.

Menasse ist Teil des intellektuell-medialen Komplexes, dem – auch die zeitgleich ins Rollen gekommene Affäre zu frei erfundenen Geschichten im „Spiegel“ – in der Durchsetzung ihres Weltbilds jedes Maß abhanden gekommen ist. Mehr als 300.000 Euro hat Menasse zwischen 2001 und 2011 in Österreich an öffentlichen Förderungen kassiert. Und jetzt verleiht man ihm auch noch die Zuckmayer-Medaille von Rheinland-Pfalz – im vollen Bewusstsein seiner Lügen.

Weltklimagipfel: Gendern stoppt den Klimawandel!

Jetzt sind auch noch die Gender-Propagandisten an Bord des Klimahysterie-Dampfers. Die UN proklamierten am Weltklimagipfel (COP24) in Kattowitz, dass ein „Gender-Tag der Bewusstseinsbildung der Bedeutung einer gendergerechten Klimapolitik gewidmet ist, um die Leitung von Klimamaßnahmen durch Frauen zu betonen“.

Frauen zu ermutigen, sich mehr in die Diskussion einzubringen, mag ein löbliches Ziel sein, aber die UN lenken dieses Vorhaben in eine Richtung, die keinen Sinn macht. Etwa mit gendergerechter Technologie: „Wie kann sichergestellt werden, dass technologische Entwicklungen zu einer gendergerechten Klimapolitik beitragen?“

Was gendergerechte Klimapolitik ist erläutert der COP so: „Wir erkennen an, dass Frauen in allen Aspekten des UNFCCC-Prozesses vertreten sein müssen und dass Gender Mainstreaming durch alle relevanten Ziele und Aktivitäten im Rahmen des Konvents als wichtiger

Beitrag zur Steigerung ihrer Wirksamkeit geführt werden muss.“

Und dann kommt die Erklärung, dass Ergebnisse zur „Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Überlegungen“ zu erzielen seien, wenn „die Entwicklung und der Transfer von Technologie unter Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Aspekte“ zustande kommen.

Der „Klimawandel“ ist laut Weltklimarat also nur mit Gendergerechtigkeit zu stoppen.



Politische Phrasen statt Fakten.

Zur „Rettung des V Europa seine Auto

Den CO2-Grenzwert bis 2030 um 37,5 Prozent senk



Nach der absurden Absenkung der Abgaswerte ohne jede wissenschaftliche Messer an den Hals: Mit der neuen – technisch derzeit kaum möglichen – A

Eine Woche vor Weihnachten haben die Vertretungen der EU-Staaten, des Europaparlamentes und der Kommission den asiatischen Automobilherstellern das Weihnachtsgeschenk ihres Lebens gemacht: Mit dem Beschluss, die Grenzwerte für CO2 bei Autos schon bis zum Jahre 2030 um 37,5 Prozent abzusenken, wird das Ende für Benzin- und Dieselaautos – und damit der europäischen Autoindustrie – eingeläutet.

Derzeit liegt der rechnerische Durchschnitt für den CO2-Ausstoß in Autoabgasen in Europa bei 118 Gramm CO2 pro Kilometer – so niedrig wie sonst nirgends. Und diese neue Wertesenkung durch die Brüsseler Bürokratie ist mit Verbrennungsmotoren nicht zu erreichen.

Eine Verbrennung bedeutet immer Kohlendioxid als Produkt dieser chemischen Reaktion. Es besteht ein direkter Zusammenhang zwischen Verbrauch und Verbrennung. Bei einem CO2 Ausstoß von rund 60 Gramm pro Kilometer dürfte ein Auto nur mehr 2,6 Liter pro 100 Kilometer – im sogenannten Flottenverbrauch – verbrauchen. Also reine Illusion, nach dem derzeitigen Stand der Technik.

Elektroautos kaum gefragt

Für die Automobilindustrie bedeutet das, mehr Elektroautos zu bauen – auch wenn die niemand kauft, weil sie teurer sind und schlechtere Leistungen als Verbrenner bieten. Und, wie die „Financial Times“ urteilte, wird der

Umstieg auf Elektroautos für die europäische Autoindustrie zu einem Himmelfahrtskommando: „Für die europäischen Autokonzerne ist die Umstellung auf Elektrofahrzeuge wie ein Schlachtschiff. Und es ist ein Schlachtschiff mit einer meuternden Crew. Wie die europäische Politik mit der Kapiti-

Der in Sowjetmanier verordnete Umst...
Deutschland bis 100.000 Arbeitsplätze

Weltklimas“ opfert Automobilindustrie

...ken, bedeutet das Aus für Benzin- und Dieselaautos



...fundierte Studie, setzt die EU der europäischen Autoindustrie erneut des
...bsenkung des CO2-Ausstosses droht der Industrie das Ende.

tulation der französischen Regierung in dieser Woche bei den Dieselsteuern feststellte, ist es nicht so einfach, grün zu werden. Es wird noch schwieriger werden, wenn die Elektroauto-Produktion steigt.“

Völlige Abhängigkeit von China?

Die völlig unterschätzten Probleme der Klimarettungsenthusiasten liegen in der erhöhten Belastung der Rohstoffversorgung. Zur Herstellung der Lithium-Ionen-Batterien wird Kobalt benötigt. Die größten Vorkommen liegen in der Demokratischen Republik Kongo,

und dessen Regierung hat Anfang Dezember ihre Lizenzgebühren für Bergbauunternehmen zum Abbau des Minerals verdreifacht.

Blicke als Alternative Nickel, dessen beste Lager bereits in den kommenden 10 Jahren erschöpft sein werden. Also dann nur noch die Nickelgewinnung aus lateritischen (niederwertigen) Erzen mittels Hochdruck-Säurelaugung, mit absolut katastrophalen ökologischen Folgen, weshalb selbst das umweltpolitisch unerfahrene Indonesien diese Nickelgewinnung stark eingeschränkt hat.

Jetzt sind Europas Elektroautohersteller von Chinas Batterieproduzenten abhängig, die den Weltmarkt beherrschen. Dem will die EU mit Fördergeldern entgegenwirken. Nur wie? Laut „Financial Times“ brauchten selbst die erfinderischen Koreaner 20 Jahre, um von der Produktion auf Basis der japanischen Technologie zu einer eigenen zu kommen. Und die hatten keine EU-Normen zu beachten.

Zurück nach Europa. Die Reaktion der Autoindustrie auf das Brüsseler Diktat: „Niemand weiß heute, wie die beschlossenen Grenzwerte in der vorgegebenen Zeit erreicht werden können.“ – Aber was interessieren die Eurokraten schon derartig unnötige Details?



...eg auf Elektroautos könnten allein in
...e in der Autoindustrie kosten.

KURZ UND BÜNDIG



Linker Terror gegen AfD

Seit Monaten ist die Alternative für Deutschland (AfD) im Visier linksextremistischer Gruppen – ohne dass das „demokratische Deutschland“ diese Angriffe verurteilt hätte. Vergangene Woche kam es vor einem AfD-Parteibüro im sächsischen Döbeln zu einer schweren Explosion – die Täter wurden auf freiem Fuß angezeigt. Letzten Montag wurde der Bremer AfD-Landesvorsitzende Frank Magnitz von drei Angreifern mit einem Kantholz attackiert und schwer verletzt.

Als er blutend am Boden lag, wurde er weiter mit Fußtritten gegen Kopf und Körper traktiert. Zumindest in diesem Fall geht die Polizei von einer „politisch motivierten Tat“ aus.

Erdogan lässt verurteilen

Wegen des gescheiterten Militärputsches gegen Präsident Recep Tayyip Erdogan im Juli 2016 sind in der Türkei bisher fast 2.000 Menschen zu lebenslanger Haft sowie 1.123 zu Haftstrafen zwischen einem und 20 Jahren verurteilt worden. 987 erhielten lebenslange Haftstrafen und 956 verschärfte lebenslange Haftstrafen. Letztere Strafe ersetzt in der Türkei die Todesstrafe und sieht härtere Haftbedingungen vor. Von 289 Prozessen, die nach dem Putschversuch begannen, wurden laut der Nachrichtenagentur Anadolu bisher 239 beendet – das sind gut 80 Prozent. Dabei wurden insgesamt 3.050 Menschen verurteilt.



Asylpolitik: Wir schaffen das nicht mehr!

Ausgerechnet eine Plattform deutscher Flüchtlings- und Migranten-Helfer macht in einem flammenden Appell auf die massiven Missstände durch moslemische Einwanderer und die Ignoranz darüber in Medien, Justiz und Gesellschaft aufmerksam. Die Berliner Plattform „Wir an der Basis mit Migranten und Flüchtlingen“, stellt klar, dass sich Merkel-Deutschland offensichtlich planmäßig selbst abschafft.

Die Asylhelfer erhalten dazu prominente Unterstützung vom Thüringer Bürgermeister Boris Palmer, einem der wenigen Grünen, der in Sachen Asyl- und Zuwanderung noch seinen Verstand benutzt. Er fordert genau das, wofür Niederösterreichs FPÖ-Landesrat Gottfried Waldhäusl von den hiesigen Zuwanderungsromantikern durchs mediale Dorf geprügelt wurde: Gewaltbereite und integrationsunwillige Asylwerber sollen in speziellen Einrichtungen untergebracht und abgelehnte Asylwerber schnellst-

möglich abgeschoben werden.

In Summe wächst in Deutschland die Gruppe der Zweifler an der Zuwanderungspolitik. Laut der jüngsten Erhebung des renommierten Pew-Forschungszentrums wollen bereits 58 Prozent der Deutschen weniger oder gar keine Einwanderung mehr. Selbst im ehemaligen sozialistischen Volksheim Schweden wollen bereits mehr als die Hälfte der Bürger (52 Prozent) eine rigorose Kehrtwende in der Asyl- und Zuwanderungspolitik.



Palmer: Mehr Realitätssinn zeigen.

LESER AM WORT



Asylindustrie

ÖVP-Justizminister Josef Moser hat sich gegen die Interessen der Österreicher gestellt, indem er für die Weiterführung des ausufernden Asylwesens eintritt und die durch Caritas, Diakonie, Volkshilfe usw. endlos verschleppten Asylverfahren gewaltige Kosten für den Steuerzahler verursacht. Diese NGOs wenden jede Art von Tricks an, um Asylverfahren bis zum St. Nimmerleins-Tag zu verschleppen – schließlich verdienen sie daran ein Vermögen. An den Verfahren, die der Steuerzahler bezahlen darf und an der Unterbringung und der Versorgung der Asylwerber.

Stephan Pestitschek, Strasshof



Vergangenheit aufarbeiten

Seit der Liederbuch-Affäre fordern Medien, Politikexperten und Journalisten, dass die FPÖ ihre „braunen Flecken“ der Vergangenheit in einem Bericht aufarbeiten sollen. Eigenartig, wenn man bedenkt, dass Herr Landbauer im

Prozess der Liederbuch-Affäre nur Zeuge, und keiner der vier Angeklagten war! Wobei man sich die Frage stellt, wer denn eigentlich diese vier Angeklagten waren, deren Namen von den Medien stets vertuscht und unter den Teppich gekehrt wurden? Und nebenbei, bezüglich „braune Flecken“: Jene Medien, Politikexperten und Journalisten, die sich hier so fordernd in die erste Reihe stellen, können ja ihrerseits einstweilen die Zeit nutzen, indem sie die Vergangenheit des amtierenden BP Van der Bellen unter die Lupe nehmen, und in einem Bericht aufarbeiten, welche Umstände es damals ermöglicht haben, dass seine Eltern 1941 im Nationalsozialismus des Großdeutschen Reiches unter Adolf Hitler Zuflucht gewährt bekamen!

Stefan Scharl, Klosterneuburg

Diffamierung

Darf man in unserer Werte-Zeitpoche überhaupt noch als freier, steuerzahlender Wähler seine Meinung kundtun, um nicht sofort reflexartig von links-fortschrittlichen Politikern samt weltoffener Kirche und gutgesinnter Presse als rückständig-konservativer Nationalist, und in Erweiterung voller Häme als rechtsnationaler-Populist diffamiert zu werden? Ist eine faktenorientierte, der Realität entsprechende Meinungsfreiheit unerwünscht? Eine selektive Wahrnehmung di-

verser Idioten zur NS-Zeit ist kein allgemeiner Zustand, wie zeitweise interpretiert. Eine pauschale Verurteilung ganzer Wählerschichten von Türkis/Blau ist diskriminierend, nicht zutreffend und einfach respektlos.

Alois Neudorfer, Vöcklabruck



Ludwigs Plan

Haben Sie auch das Interview mit dem Wiener SPÖ-Bürgermeister Michael Ludwig gesehen? Mit feierlicher Miene verkündete das Stadtoberhaupt den „Wien-Bonus“ als Geistesblitz des Jahrhunderts, welchen man nach schweißtreibenden Planungen als Schuss ins Schwarze bei Bürgernähe verkaufen will: Zuerst schaffte die SPÖ die Staatsbürgerrechte ab, nur um jetzt das Selbstverständliche in lächerlichen homöopathischen Dosen an die Wiener als großes Geschenk der SPÖ zu suggerieren. Solch geistige Ergüsse Ludwigs darf man nun wohl öfter erwarten: Nimm dem Wähler alles weg, und

gib ihm dann einen Lutscher. Toller Plan, Herr Ludwig!

Armin Schütz, Wien

Selbstlose Samariter?

62,1 Prozent der Mindestsicherungsbezieher im Schwarz-Grün regierten Tirol sind Ausländer. Das zeigt doch sehr eindrucksvoll, dass die Mindestsicherung für Asylwerber ersatzlos gestrichen werden und durch Sachleistungen ersetzt werden muss. Das sollte für einen „Flüchtling“ doch reichen. Wir Steuerzahler sind nicht mehr gewillt, für diese Zuwanderermassen die selbstlosen Samariter zu spielen! Rote, Alt-Schwarze, Grüne und Neos gehören aus ihren Ämtern gejagt. Nicht nur in Tirol.

Klaus Gumpoltsberger, Tirol

Blutige Nase für Grapscher

Die junge Schweizerin hat sich völlig richtig verhalten, da die Umgangsformen bis hin zum anerzogenen Gewaltverzicht nur dann funktionieren, wenn es dazu einen gesellschaftlichen Konsens aller Menschen gibt, die sich im einst friedlichen Österreich aufhalten. Wären bei derartigen Vergehen öfters solche mutigen Menschen anwesend, dann würden es sich viele Grapscher und Gauner wohl überlegen, eine Straftat zu begehen.

Ernst Pitlik, Wien

Leserbriefe: redaktion.nfz@fpoe.at

TERMINE

JÄNNER 19 FPÖ-Neujahrstreffen 2019

Einladung zum traditionellen **NEUJAHRS TREFFEN**
 Samstag, 19. Jänner 2019
 Messe Wien - Halle A/7-9 - Messeplatz 1-1021 Wien
 Einlass: 09:30 Uhr - Beginn: 10:00 Uhr

10:00 Uhr: Musik mit der „John Otti Band“
 11:00 Uhr: Begrüßung durch **Johann Gudenus**, GL Landesparteiobmann
 11:15 Uhr: Rede **Harald Vilimsky**, EU-Abgeordneter
 11:30 Uhr: Rede **Heinz-Christian Strache**, Vizekanzler

Wir freuen uns auf euer Kommen!

FPÖ DIE SOZIALE HEIMATPARTI

Neue **Freie** Zeitung

BESTELLSCHHEIN

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
 Tel: 01 512 35 35 – 29, Fax: 01 512 35 35 – 9
 E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Ich bestelle die Wochenzeitung „Neue Freie Zeitung“ zum (zutreffendes bitte ankreuzen):

Halbjahrespreis € 15,-
 Jahrespreis € 30,-
 Jahrespreis zum Seniorentarif € 20,-
 Auslandsjahresbezug € 73,-
 Jahrespreis für Studenten € 20,-

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-Mail oder Postweg erfolgen muss. Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird. Bankverbindung: PSK, IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
 Bestellungen auch per E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Name: _____ Mitglied in FPÖ-Landesgruppe*: _____
 (Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)

Anschrift: _____
 (Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Türnummer)

Datum: _____ Geburtsdatum: _____ Unterschrift: _____

Bitte geben Sie uns für Rückfragen Ihre E-Mail oder Telefonnummer bekannt**.

* Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Mitglied einer FPÖ-Landesgruppe sind. Wir wollen damit mögliche Doppelzusendungen vermeiden.
 ** Wir erhalten von der Post in regelmäßigen Abständen Retoursendungen und wollen diese überprüfen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt.

WIEN



SPÖ: Eine Partei der Gier und der Selbstversorgung

Jubiläumsprämien und Luxusgagen in rotem Kinderbetreuungsverein

Die Wiener SPÖ ist ein Sammelbecken aus Gier und Selbstversorgung“, kommentierte der geschäftsführende Landesparteiobmann Johann Gudenus den zu Jahresende aufgeplatzten Skandal in einem roten Kinder- und Jugendbetreuungsverein.

Der Skandal platzte aufgrund eines Rohberichts des Rechnungshofes zur Förderpraxis der Stadt Wien vor Weihnachten auf. Darin kritisierte der RH den städtischen Verein „Wiener Kinder- und Jugendbetreuung“, bei dem einzelne Mitarbeiter über Jahre kräftig ab-



Zudecken und Schweigen: Harry Kopietz und Michael Ludwig.

kassiert hätten. Die Stadt finanzierte den Verein im Vorjahr allein mit 40 Millionen Euro.

Neben überhöhten Gehältern soll der Verein „Jubiläumsgelder“ ausgeschüttet haben, die der Kollektivvertrag nicht vorsah. Zwischen 2010 bis 2017 versüßten sich die vereinspitzen das Leben in dieser Zeit mit 790.000 Euro an „Jubiläumsgeldern“.

Geld, Posten und Schweigen

Geschäftsführerin des Vereins war bis zum Vorjahr Brigitte Kopietz, die Ehefrau des ehemaligen Wiener Landtagspräsidenten und langjährigen Landesparteiobmanns Harry Kopietz. Die Vereinschefin soll sich laut RH kurz vor der Pensionierung im November 2016 eine rückwirkende Gehaltserhöhung, genehmigt und dann rund 9.600 Euro brutto pro Monat bezogen haben.

Gudenus kritisierte einmal mehr die „Förderpraxis“ der Stadt Wien, mit der „hochdotierte Posten“, die mit Steuergeld finanziert werden, von den Wiener Genossen schamlos an Familienmitglieder und Freunde vergeben werden: „Auch Bürgermeister Michael Ludwig ist Teil dieses Systems. Da wird fremdes Geld in die eigene Tasche gesteckt und über all diese Vorgänge der Mantel des Schweigens gelegt. Kein Wunder, dass Ludwig die Öffentlichkeit seit Monaten meidet!“

WIENER SPAZIERGÄNGE

von Hannes Wolff



Geben wir's doch zu: ein bisserl infantil zu reden haben wir uns seit einiger Zeit angewöhnt.

So wie leider viele Eltern mit ihren Kindern sprechen und einen Ball ein „Balli“ werden lassen und die Großmutter die „Omi“, so nennen wir die öffentlichen Verkehrsmittel „Öffi“, unser Mobiltelefon „Handy“, den Schiedsrichter „Schiri“, das Navigationssystem „Navi“, den alten ostdeutschen „Volks“-Wagen Trabant „Trabi“, den Helikopter „Heli“, für die Deutschen ist jeder von uns ein „Ösi“, und in der Tonart geht's weiter.

Schluss mit lustig

Und in meinem Beisel in der Wattgasse sagen alle, wenn sie von der neuen Ober-Roten sprechen, „Rendi“.

Davon profitiert Frau Pamela Rendi-Wagner. Ist ja so herzig: Rendi. Das i am Ende des Wortes macht irgendwie zutraulich.

Dass aber jedes Ding zwei Seiten und alles ein Ende hat, zeigt sich bei der putzigen Dame relativ schnell, nämlich jetzt.

Da stellt sie sich hin und gibt, offenbar mit niemandem aus ihrer Partei abgesprochen, ihre Meinung zur Mindestsicherung preis. Prompt fallen – trotz „i“ – diverse „Sozi“-Landeshauptleute über sie her, und schon ist die hochgejubelte rote Harmonie beim Teufel.

Ja, so schnell geht's mit einem Wunderwuzzi.

Podiumsdiskussion Mi., 20.2.2019, 19 Uhr

Kulturkampf im Klassenzimmer - Wo bleibt die Lösung?

Palais Palfy, Figaro-Saal

Wien 1., Josefsplatz 6

Diskutanten:

Mag. Heinrich HIMMER

Bildungsdirektor des Stadtschulrates für Wien

Dipl.-Ing. Birol KILIÇ

Obmann der türkischen Kulturgemeinde in Österreich

KO BR Monika MÜHLWERTH

Klubobfrau der freiheitlichen Bundesratsfraktion
Vizepräsidentin des Stadtschulrates für Wien a.D.

Dr. Kurt SCHOLZ

Vorsitzender des Zukunftsfonds der Republik Österreich
Präsident des Stadtschulrates für Wien a.D.

Diskussionsleitung:

Komm.-Rat Walter Prinz

Präsident des Cajetan-Felder-Instituts

Eintritt frei!

in Kooperation mit



CFI Cajetan-Felder-Institut
Verein zur Förderung liberaler Kommunalpolitik

NIEDERÖSTERREICH **Zivilschutz fördern**

Aufgrund der enormen Schneefälle der letzten Tage warnte Niederösterreichs FPÖ-Wehrsprecher Jürgen Handler vor der Gefahr eines Versorgungszusammenbruchs bei einem längerdauernden Katastrophenfall. Die Gemeinden müssten auf entsprechende Situationen vorbereitet werden. Die FPÖ setzt sich für Investitionen in den Zivilschutz ein. „Zuletzt gab es in Niederösterreich 2006 die Möglichkeit, etwa geförderte Notstromaggregate anzuschaffen, wovon ab nur 64 der 573 Gemeinden Gebrauch machten“, erinnerte Handler.

VORARLBERG **AK-Spitzenkandidat**

Mit Michael Koschat als Spitzenkandidat gehen die Freiheitlichen Arbeitnehmer Vorarlbergs in die Arbeiterkammerwahl 2019. Sein Ziel: Statt der Klassenkampfparolen der rot-schwarzen Funktionäre gegen die Regierung, ein vernünftiges Miteinander zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern, um Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern.



Michael Koschat

NIEDERÖSTERREICH **Aufgewärmte Kritik**

„Die Vorwürfe gegen mich in Bezug auf den Erwerb der Liegenschaft in Waidhofen an der Thaya sind an den Haaren herbeigezogen. Es ist rechtlich alles in Ordnung“, konterte FPÖ-Landesrat Gottfried Waldhäusl auf diverse Zeitungsberichte. Die Übergabe der jetzigen „Waldhäusl KG“ an seine mittlerweile erwachsenen Kinder war ohnehin in absehbarer Zeit geplant und erfolgte aufgrund des künstlich hochgezogenen Wirbels schlicht und einfach zu einem früheren Zeitpunkt. Bereits vor zehn Jahren hätte man seitens der ÖVP versucht, ihm hinsichtlich angeblich „dubioser Firmengeflechte“ anzuputzen. „Diese Anschüttungen haben sich in kürzester Zeit in Luft aufgelöst. Nun versucht man es halt wieder“, meinte Waldhäusl. Es werde sich erneut zeigen, dass an den Vorwürfen nichts dran sei.

Widerstand gegen schwarz-rote Schließungswut bei Spitälern!

Schneechaos zeigt Notwendigkeit einer flächendeckenden Versorgung

Aufgrund der Schneemengen mussten in der Obersteiermark wichtige Verkehrswege gesperrt werden. Das hat auch gezeigt, wie wichtig eine lückenlose Gesundheitsversorgung ist.

So konnte in der Stadtgemeinde Eisenerz infolge des überhasteten Zusperrens des dortigen Krankenhauses die medizinische Versorgung in den letzten Tagen nur mehr durch den ambitionierten Einsatz der niedergelassenen Ärzte gewährleistet werden. Eine Schließung der Spitalsstandorte im Bezirk Liezen hätte bei einer derartigen Wettersituation womöglich fatale Folgen, erklärte FPÖ-Gesundheitssprecher Arnd Meißl: „Eine Unterversorgung ganzer Regionen könnte drohen.“

Bürger gegen Schließungspläne

Im Bezirk Liezen hat sich eine sehr engagierte Bürgerinitiative

STEIERMARK 

Foto: FPÖ Steiermark

FPÖ-Meißl warnt vor Folgen der rot-schwarzen Spitalschließungen.

formiert, die um den Erhalt der bestehenden und bewährten Krankenhausstruktur kämpft. Diese Bürgerbewegung gegen das schwarz-rote Prestigeprojekt „Zentralspital Liezen“ steht sinnbildlich für den großen Unmut in den von der

Schließungswut betroffenen Regionen, betonte der FPÖ-Gesundheitssprecher: „Die Schließung der drei bewährten Standorte sollte schleunigst auf Eis gelegt und die Aufwertung eines bestehenden Spitals angestrebt werden.“



FPÖ DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

Rieder Aschermittwoch

Mittwoch, 6. März 2019
Ried im Innkreis, Jahnturnhalle

Einlass: 17.30 Uhr, Beginn: 19.00 Uhr
Begrenzte Besucherzahl. Platzkarten besorgen!

Kartenbestellung:
FPÖ-Büro Ried i.l.
Mo bis Do von 8 - 12 Uhr
07752 / 82817
bezirk-ried@fpoe.at

KARTENVERKAUF AB SOFORT!

TIROL 

Foto: FPÖ Tirol

Zuwanderung endlich stoppen!

Das Außerfern ragt beim Bericht des Integrationsfonds mit seinem Migrantenanteil hervor: 23,6 Prozent der Bewohner sind nicht in Österreich geboren. Reutte kommt gar auf den höchsten Wert aller österreichischen Landbezirke. Hinzu kommt der Anteil der eingebürgerten Migranten. Angesichts der Zahlen klingelten beim FPÖ-Bezirksobmann Fabian Walch die Alarmglocken: „Der Bezirk Reutte hat die kritische Masse erreicht. Vor allem was den Zugang aus dem arabisch-muslimischen Raum betrifft, wo es nicht mehr eine Parallel-, sondern schon eine Gegengesellschaft gibt.“

KÄRNTEN 



Leben muss in Kärnten wieder leistbarer werden

Freiheitliche kritisieren unsoziale Preistreiberei der Landes-SPÖ

Am Beispiel Strompreis überführten die Kärntner Freiheitlichen SPÖ-Landeshauptmann Peter Kaiser und die Landes-SPÖ der Lüge.

„Kaiser hat jahrelang versprochen, dass er Kärnten den billigsten Strompreis in Österreich bringen werde. Tatsache ist, dass Strom bundesweit nirgendwo so teuer ist wie in Kärnten“, konkretisierten FPÖ-Klubobmann Gernot Darmann und sein Stellvertreter Christian Leyrouz ihre Vorwürfe an den SPÖ-Landeshauptmann. Auch 2019 steigt der Preis wieder. Die

Netztarife der Kelag werden erneut um 7 Prozent erhöht, während sie im topografisch vergleichbaren und flächenmäßig sogar größeren Tirol oder auch in Vorarlberg sinken.

Höchster Strompreis Österreichs

„Eine vierköpfige Familie in Kärnten zahlt pro Jahr 369 Euro mehr für Strom als eine Familie in Innsbruck. Das ist eine untragbare Situation“, betonte Leyrouz. Die FPÖ Kärnten stelle das neue Jahr daher unter das Motto: Kärnten muss sozialer werden, erklärte Darmann: „Darunter verste-

hen wir, dass den Menschen mehr Geld in ihren Brieftaschen bleiben muss und das Leben für sie leistbarer wird.“

Als weiteres Beispiel der roten Preistreiberei führte Darmann die hohen Tarife für die mobile Pflege an. So müsse eine Kärntnerin bei einer monatlichen Bemessungsgrundlage von 1.500 Euro mit 21,60 Euro pro Stunde für eine Pflegeassistentin mehr zahlen als alle Vergleichspersonen in anderen Bundesländern: „Kärntens Landesregierung wird sozialistisch geführt. Aber die Politik, die sie macht, ist alles andere als sozial!“

„Tourismusförderung 3.0“

Aufgrund der positiven Erfahrungen der Sonderförderaktionen „Qualitätsinitiativen 1.0 und 2.0“ werden diese 2019 neu aufgelegt. „Privatzimmervermieter und gewerbliche Beherbergungsbetriebe bis 50 Zimmer können um einen Förderzuschuss für Investitionen in die Qualität ihrer Zimmer in Höhe von 40 Prozent ansuchen. In Summe ist der Fördertopf mit einer Million Euro dotiert“, freut sich Burgenlands FPÖ-Wirtschaftslandesrat Alexander Petschnig über die Verlängerung dieser wirtschaft-

lich erfolgreichen Maßnahme der Landesregierung.

Die Mindestinvestition beträgt jeweils 5.000 Euro und ist bei Privatzimmervermietern mit 30.000 Euro und bei gewerblichen Beherbergern mit 100.000 Euro förderbarer Kosten gedeckelt. Ab dem ersten Jänner können Anträge auf Investitionsförderung aus dem neu aufgelegten Förderprojekt bei der Wirtschaft Burgenland GmbH (Wi-BuG) schriftlich eingebracht werden. Auch stehen die Mitarbeiter für Beratungsgespräche bereit.

BURGENLAND 



Petschnig: Vernünftige Förderungen schaffen Arbeitsplätze.



Gernot Darmann
FPÖ-Landesspartenobmann Kärnten

LÄNDER-
SACHE

Das Hauptproblem an Kärntens Landesregierung besteht darin, dass hinter der scheinheiligen Fassade der SPÖ reine Machtbesessenheit an der Tagesordnung steht.

Durch die Verfassungsreform, die ohne die Einbindung der Bevölkerung von statten ging, wurde der FPÖ als Opposition de facto die Kontrolle großer Teile der Regierungsarbeit entzogen.

Machtbesessen

Einsichtsrechte können, müssen aber nicht gewährt werden, denn das „Amtsgeheimnis“ wird willkürlich vorgeschoben. Die ÖVP wurde zum Regierungshandlanger degradiert und lässt sich dies ohne Widerrede gefallen.

Vordergründig tritt SPÖ-Landeshauptmann Peter Peter Kaiser mit freundlichem Gesicht auf, hinter den Kulissen sieht die Welt jedoch ganz anders aus. Dort wird allmachtmäßiges Drüberfahren praktiziert und das SPÖ-Partei-buch feiert wieder fröhliche Urstände.

Parteiläufer, Freunde und Verwandte werden an alle Schaltstellen des öffentlichen Lebens gesetzt, die Bürokratie dafür künstlich aufgeblasen. Österreichweit hat man beim Versuch Kaisers, seinen Sohn Luca als EU-Spitzenkandidaten zu installieren, einen fahlen Vorgeschmack davon erhaschen können, was in Kärnten wieder Gang und Gäbe ist. Da fiel die Maske Kaisers!

Kaiser lebt ihn Kärnten nicht den verantwortungsvollen Landeshauptmann, sondern den „Genossen“, der wöchentlich nach Wien schimpft, um von den eigenen politischen Baustellen abzulenken. Die Bevölkerung wird sich jedoch nicht länger für dumm verkaufen lassen!

GEZWITSCHER



Sepp Schrott

@SchrottSepp



Moral schlägt Fakten. Das Weltklima zu retten ist doch viel moralischer, als sich mit Fakten auseinander zu setzen.

19.12.18 00:16

Das Klima ändert sich seit Jahrmillionen – auch ohne Zutun des Menschen. Das übersehen die „Klimaretter“ leider ständig.

Rudi Fußi

@rudifussi



SPD-Chefin bezeichnet BGE als „bezahltes Nichtstun.“ Mehr muss man über den geistigen Verfall der SPD nicht wissen.

31.12.18 06:09

Kommt da auf Österreich bedrohliches zu, wenn der SPÖ-Einflüsterer das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) propagiert?

WHATSAPP



FPÖ DIE SOZIALE HEIMATPARTI

Asylwerber in Lehre: Rechtskräftig abgelehnte Asylwerber müssen unser Land sofort und konsequent verlassen!

GEFÄLLT MIR



HC Strache

07.01.2019

Danke für euer Vertrauen in unsere Arbeit!



HEUTE AT: Vertrauen: Türkis-Blau hängt Vorgänger ab. Innerhalb von vier Jahren hat sich das Vertrauen der Österreicher in die...

2.285 Personen gefällt das.

Im Unterschied zu SPÖ geführten Stillstandsregierungen arbeitet diese Koalition für Österreich und setzt FPÖ-Wahlversprechen konsequent um. Das gefällt den Bürgern.

Lügendgeschichten im Dienste der „Willkommenskultur“

„Spiegel“-Reporter stellte die linke Moral über die Wahrheit

Mit Claas Relotius ist ein glühender Verteidiger der Merkelschen „Willkommenskultur“ der Lüge überführt worden. Deutschlands Medien trauern.

„Der Spiegel“, das ehemalige Flaggschiff des unabhängigen Journalismus und zuletzt Haus- und Hof-Herold der Merkelschen „Willkommenskultur“ ist auf Grund gelaufen. Sein gefeierter „Starreporter“ Claas Relotius bediente mit seinen Flüchtlings- und Anti-Trump-Reportagen lediglich die linke Gutmenschenmoral der deutschen Medienszene.

Fälschen im Dienste Merckels

Über 50 Geschichten soll der preisgekrönte „Spiegel“-Journalist teilweise oder komplett erfunden



haben. Der Fall ist deshalb besonders brisant, da immer mehr Texte des Autors als „Fake News“ enttarnt werden, mit denen das deutsche „Leitmagazin“ die von Kanzlerin Angela Merkel unter Rechtsbruch initiierte Massenzuwanderung rechtfertigen versuchte.

Dabei hat Relotius nicht sehr geschickt getäuscht, sondern gro-

be Detailfehler in seine Texte verpackt, die aber im „Spiegel“ niemand wahrhaben wollte. So unterstellte er einer betagten Dame von ihrem Haus aus den 700 Kilometer entfernten Mississippi-Dampfern nachsehen zu können.

Aber was kümmern Details, wenn die Moral der Geschichte das linke Weltbild stärkt.

FPÖ IN DEN MEDIEN

Kulturzentrum statt Moschee, so lautet das Ergebnis im Welser Match FPÖ gegen ÖVP und Grüne, berichten die „Oberösterreichischen Nachrichten“. FPÖ-Bürgermeister Andreas Rabl konnte die hochtrabenden Pläne eines grünen Gemeinderats und

Plan einer Albaner-Moschee in Wels schrumpfte auf die Hälfte zusammen



Projektleiters (!) des geplanten Moscheebaus für Albaner auf dieses Format und auch die Größe des Bauvorhabens zurechtstutzen – zumal ein Moscheebauwidmungstechnisch auch nicht möglich gewesen wäre. In Sachen Familienpolitik gibt in Salzburger die FPÖ den Ton an, berichtet



die „Kronenzeitung“. Marlene Svazek und ihr Team wollen über einen Initiativantrag erreichen, dass Eltern, die sich selbst um ihre Kinder kümmern, eine Geldleistung bis zur Höhe der Mindestsicherung erhalten – entsprechend dem von der FPÖ favorisierten „Berndorfer Modell“.

FPÖ TV

Direkt

Das neue Magazin

- Kompakt und topaktuell informiert
- In regelmäßigen Abständen
- Ideal am Handy abrufbar (Hochformat)

Bleib informiert auf [f/fpoe](https://www.facebook.com/fpoe)

Lisa Gubik
Christian Schuch

Josefstadts Bauer millionenfach bedankt

Ein österreichischer Klassiker bezaubert das Publikum

Dieses „romantische Original-Zaubermärchen mit Gesang“ in der Josefstadt ist ein Lichtblick. Keine „Entstaubung“ oder „Aktualisierung“ durch die Regie Josef Köpplingers, nein, Raimund, wie er im Büchl steht. Die seinerzeitige Bedeutsamkeit ist den Kennern überlassen.

Zwar ist der Bühnenbildner Walter Vogelweider mit der Dekoration recht sparsam umgegangen, Romantik bleibt dabei auf der Strecke, aber es herrscht im Publikum ja schon Zufriedenheit, wenn sich die Versatzstücke nicht wie so oft auf eine Stehleiter beschränken.

Das ewige Bildungsproblem

Schade, dass die Darsteller zum Teil keinen Raimund, sondern mitunter ottakringerisch sprechen, was zum Beispiel bei Lorenz, Wurzels erstem Kammerdiener (Johannes Seilern), einfach falsch klingt, soll er doch ein ehemaliger Kuhhirt bei Wurzel, also ländlicher Herkunft sein. Fortunatus Wurzel selber ist fürs Publikum ein immer schon reicher Mann, dass er einst Bauer war, kommt nicht so recht über die

Rampe, man muss aus der Schule wissen, dass er, natürlich mit Geisterhilfe, einen Schatz gefunden hat, und das ist insofern schwierig, als Raimund im jetzigen Unterrichtssystem zur Rarität geworden ist. Michael Dangl gibt ihn als derben, gar nicht so üblen Mann. Und wenn ihm Wolfgang Hübsch als hohes Alter den Rücken zu den Zuschauern, eine weiße Perücke aufsetzt, ist die Wandlung „vom Bräunl zum Schimmel“ immer noch ergreifend.

Berührende Momente

Und der jetzt alte Fortunatus Wurzel als Grantscherm, der dem Reichtum entsagt und das „Aschenlied“ berührend darbringt, ist zum „Hohen Alter“ genauso distanziert wie zu der das „Brüderlein fein“ entzückend singenden „Jugend“ Theresa Daxens. Seinem Fluch „so kannst zum Deixel gehn“ wird sie beim bösesten Willen nicht nachkommen.

Die Idee, den Abschnitten mit Leuchtstoffröhren Überschriften zu geben, die aus dem ursprünglichen Wort „GEISTERREICH“ (wird zu



Michael Dangl und Wolfgang Hübsch in einer großartigen Inszenierung.

GEISTREICH, STREICH, REICH etc.) gewonnen werden, ist hanebüchen, aber gut. Die Geister selber treiben's bunt, man weiß nicht immer, weshalb, besonders wenn es um sprechende Grabsteine geht. Bustorius (Patrick Seletzky) und Ajaxerle (Alexander Pschill), sind Magier mit magyarischem und schwäbischem Migrationshintergrund, Raimund wird gewusst haben, warum.

Das Happy End für Fee Lacrimosa (wirklich feenhaft Alexandra Krismer) wird feierlich begangen, Ziehtochter Lottchen (Lisa-Carolin Nemeč), die sich oft am Boden wälzen muss, und Fischer Karl Schilf (burschikos Tobias Reintaller) kriegen sich.

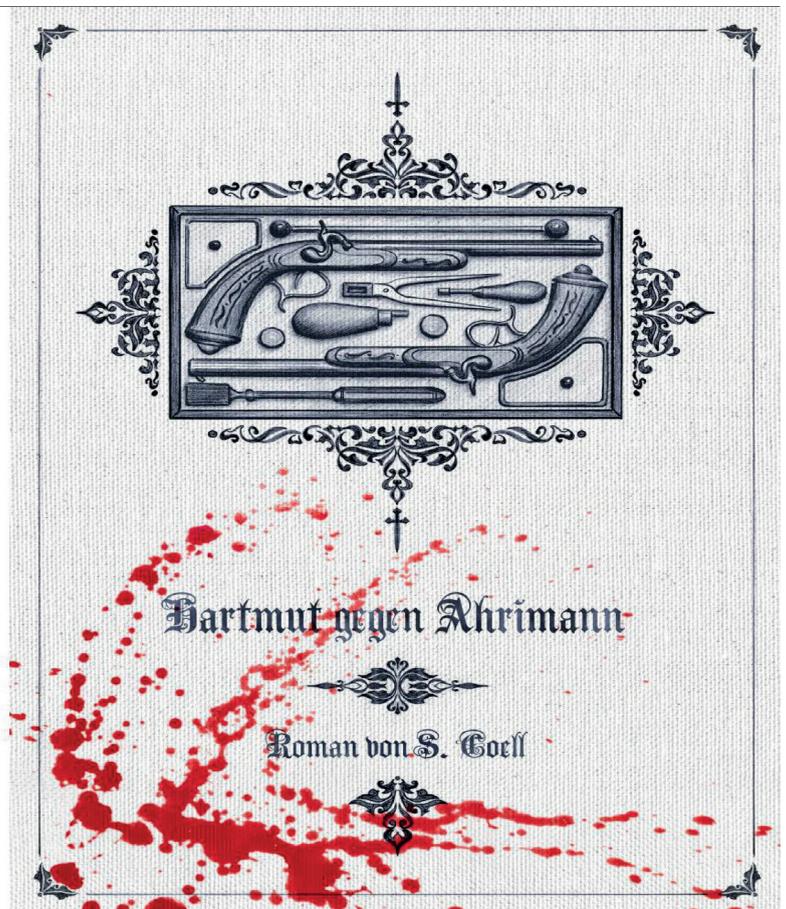
Das Publikum klatscht dankbar für eine sehr erfreuliche Aufführung.

Herbert Pirker

Terminavis

Aus Anlass des 50. Geburtstages von
Mag. Norbert Nemeth
wird zur Präsentation des Romans
„Hartmut gegen Ahrimann“ geladen.

16. Jänner 2019 – 18.30 Uhr
im Palais Epstein
(Dr.-Karl-Renner-Ring 3, 1010 Wien,
Einlass ab 18.00 Uhr)



2019

Harald
Vilimsky

Heinz-Christian
Strache

Johann
Gudenus

Einladung zum traditionellen

NEUJAHRSS TREFFEN

Samstag, 19. Jänner 2019

Messe Wien · Halle A/7-9 · Messeplatz 1 · 1021 Wien

Einlass: 09.30 Uhr · Beginn: 10.00 Uhr

10.00 Uhr: Musik mit der „John Otti Band“

11.00 Uhr: Begrüßung durch **Johann Gudenus**, Gf. Landesparteiobmann

11.15 Uhr: Rede **Harald Vilimsky**, EU-Abgeordneter

11.30 Uhr: Rede **Heinz-Christian Strache**, Vizekanzler

Wir freuen uns auf euer Kommen!

FPO DIE SOZIALE
HEIMATPARTEI